

Klaus Mühlhahn

Die Volksrepublik China

Oldenbourg Grundriss der Geschichte



Herausgegeben von Lothar Gall,
Karl-Joachim Hölkeskamp und Steffen Patzold

Band 44

Klaus Mühlhahn

Die Volksrepublik China

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-035530-7

e-ISBN (PDF) 978-3-11-035532-1

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-039656-0

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Satz: fidus Publikations-Service GmbH, Nördlingen

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

☺ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Meinen Eltern Helga und Adolf Mühlhahn

Vorwort der Herausgeber

Die Reihe verfolgt mehrere Ziele, unter ihnen auch solche, die von vergleichbaren Unternehmungen in Deutschland bislang nicht angestrebt wurden. Einmal will sie – und dies teilt sie mit anderen Reihen – eine gut lesbare Darstellung des historischen Geschehens liefern, die, von qualifizierten Fachgelehrten geschrieben, gleichzeitig eine Summe des heutigen Forschungsstandes bietet. Die Reihe umfasst die alte, mittlere und neuere Geschichte und behandelt durchgängig nicht nur die deutsche Geschichte, obwohl sie sinngemäß in manchem Band im Vordergrund steht, schließt vielmehr den europäischen und, in den späteren Bänden, den weltpolitischen Vergleich immer ein. In einer Reihe von Zusatzbänden wird die Geschichte einiger außereuropäischer Länder behandelt. Weitere Zusatzbände erweitern die Geschichte Europas und des Nahen Ostens um Byzanz und die Islamische Welt und die ältere Geschichte, die in der Grundreihe nur die griechisch-römische Zeit umfasst, um den Alten Orient und die Europäische Bronzezeit. Unsere Reihe hebt sich von anderen jedoch vor allem dadurch ab, dass sie in gesonderten Abschnitten, die in der Regel ein Drittel des Gesamtumfangs ausmachen, den Forschungsstand ausführlich bespricht. Die Herausgeber gingen davon aus, dass dem nacharbeitenden Historiker, insbesondere dem Studenten und Lehrer, ein Hilfsmittel fehlt, das ihn unmittelbar an die Forschungsprobleme heranführt. Diesem Mangel kann in einem zusammenfassenden Werk, das sich an einen breiten Leserkreis wendet, weder durch erläuternde Anmerkungen noch durch eine kommentierende Bibliographie abgeholfen werden, sondern nur durch eine Darstellung und Erörterung der Forschungslage. Es versteht sich, dass dabei – schon um der wünschenswerten Vertiefung willen – jeweils nur die wichtigsten Probleme vorgestellt werden können, weniger bedeutende Fragen hintangestellt werden müssen. Schließlich erschien es den Herausgebern sinnvoll und erforderlich, dem Leser ein nicht zu knapp bemessenes Literaturverzeichnis an die Hand zu geben, durch das er, von dem Forschungsteil geleitet, tiefer in die Materie eindringen kann.

Mit ihrem Ziel, sowohl Wissen zu vermitteln als auch zu selbständigen Studien und zu eigenen Arbeiten anzuleiten, wendet sich die Reihe in erster Linie an Studenten und Lehrer der Geschichte. Die Autoren der Bände haben sich darüber hinaus bemüht, ihre

Darstellung so zu gestalten, dass auch der Nichtfachmann, etwa der Germanist, Jurist oder Wirtschaftswissenschaftler, sie mit Gewinn benutzen kann.

Die Herausgeber beabsichtigen, die Reihe stets auf dem laufenden Forschungsstand zu halten und so die Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument über eine längere Zeit zu sichern. Deshalb sollen die einzelnen Bände von ihrem Autor oder einem anderen Fachgelehrten in gewissen Abständen überarbeitet werden. Der Zeitpunkt der Überarbeitung hängt davon ab, in welchem Ausmaß sich die allgemeine Situation der Forschung gewandelt hat.

Lothar Gall

Karl-Joachim Hölkeskamp

Steffen Patzold

Vorwort

Die VR China ist seit ihrer Gründung vor beinahe siebzig Jahren langsam und nicht ohne Rückschläge, aber doch scheinbar unaufhaltsam zu einer Weltmacht aufgestiegen. Dabei stand das Land stets im Zentrum globaler Entwicklungen und Auseinandersetzungen: China war weder jemals Peripherie noch von der Welt abgeschlossen. Entscheidungen in China hatten daher immer auch Auswirkungen auf andere Ländern, darunter natürlich auch Deutschland, wie auch umgekehrt Entwicklungen fern ab von den Grenzen unmittelbar in China wirksam wurden. Heute lässt sich keine einzige globale Herausforderung mehr ohne Kooperation mit China lösen. Aber auch umgekehrt kann China kein einziges seiner zentralen Probleme ohne internationale Zusammenarbeit angehen. Eine Vertrautheit mit den Grundzügen der Entwicklung der VR China seit 1949 ist daher unabdingbar für das Verständnis der heutigen Welt, und zwar weit über den Kreis der Chinawissenschaftler hinaus. Zugleich haben sich aufgrund der vielfältigen Kontakte und Verbindungen zwischen China und der internationalen Gemeinschaft die Informationen, die über China in der Gegenwart in verschiedenen Medien verfügbar sind, vervielfacht. Das Ergebnis ist von einer beinahe unübersehbaren Komplexität. Oft dominieren auch vorschnelle Bewertungen unser Chinabild. Es ist daher die Hoffnung des Verfassers des vorliegenden Bandes, dass historisches Orientierungswissen dazu beitragen kann, Entwicklungen in China besser zu verstehen und einzuschätzen. In der längeren historischen Gesamtschau zeichnen sich die Linien klarer ab.

Der vorliegende Band ist das erste geschichtswissenschaftliche Lehrwerk in deutscher Sprache zur Geschichte der VR China von der Gründung 1949 bis zur Gegenwart. Es verfolgt einen breiten historischen Ansatz, in dem neben Politik auch die anderen Bereiche und Themen der gesellschaftlichen Entwicklung angemessene Beachtung finden. Das Buch wendet sich an einen Leserkreis ohne spezifische oder sinologische Vorkenntnisse und beabsichtigt eine differenzierte Darstellung der historischen Grundlinien. Dadurch soll der Leser in die Lage versetzt werden, aktuelle Phänomene vor dem Hintergrund der historischen Genese besser zu verstehen und zu einem kritischen Hinterfragen angeregt werden. Anders als in vielen historischen Arbeiten steht in dem vorliegenden Band nicht mehr länger die maoistische Phase von 1949 bis zur Kulturrevo-

lution im Mittelpunkt. Die Periode der Reform und Öffnung, die 1978 begann und bis heute andauert, ist nicht nur zeitlich länger, sondern hat China mittlerweile auch wesentlich tiefgreifender verändert.

Der Abschnitt zu den Tendenzen der Forschung versucht den neuen aktuellen Forschungsstand zu reflektieren und zu diskutieren, aber angesichts des enormen Umfangs der Publikationen insbesondere zum gegenwärtigen China, war das ein schwieriges Unterfangen. Die Auswahl der besprochenen Werke ist notwendigerweise selektiv. Es konnten bei weitem nicht alle wichtigen Arbeiten zur Sprache kommen.

Bei der Fertigstellung des Bandes konnte ich auf die Unterstützung vieler Personen zählen. Der Lektor der Reihe OGG, Florian Hoppe, hat das Vorhaben mit Geduld und großem Einsatz begleitet. Mein Dank geht auch an He Siyuan, die das Projekt von Anfang an tatkräftig unterstützt hat. In der Endphase haben auch Jessica Bathe-Peters, Susanne Ebermann sowie Lena Wesemann wichtige Unterstützung geleistet. Meinen Kolleginnen Genia Kostka und Elena Meyer-Clement danke ich für Hinweise auf Literaturtitel. Mein besonderer Dank gilt meiner Partnerin Julia Haes, die das gesamte Manuskript einer sehr sorgfältigen, kritischen und anregenden Durchsicht unterzogen hat. Meine Mutter, Helga Mühlhahn, hat dankenswerterweise die Durchsicht der Druckfahnen übernommen. Das Buch ist meinen Eltern in Dankbarkeit gewidmet.

Berlin, im Mai 2017

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber — VII

Vorwort — IX

1 Darstellung — 1

- 1.1 „Neues China“: Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung (1949–1956) — **1**
- 1.2 Krisenzeichen und Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs (1957–1976) — **45**
- 1.3 Reform und Öffnung (1977–1989) — **82**
- 1.4 Wachstum und Wandel in der Gegenwart (1990–2015) — **113**

2 Grundprobleme und Tendenzen der Forschung — 163

- 2.1 Grundmuster der Interpretation — **163**
- 2.2 Die Gründung der VR China — **173**
- 2.3 China in den 1950er Jahren — **181**
- 2.4 Der „Große Sprung nach vorn“ — **193**
- 2.5 Die Kulturrevolution — **197**
- 2.6 Reform und Öffnung — **203**
- 2.7 China in der Gegenwart — **217**
- 2.8 China und die Welt — **239**

3 Quellen und Literatur — 257

- 3.1 Allgemeines — **257**
- 3.2 „Neues China“: Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung (1949–1956) — **259**
- 3.3 Krisenzeichen und Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs (1957–1976) — **266**
- 3.4 Reform und Öffnung (1977–1989) — **271**
- 3.5 Wachstum und Wandel in der Gegenwart (1990–2015) — **275**

Anhang — 289

- 4.1 Abkürzungen — **289**
- 4.2 Zeittafel — **290**

XII — Inhaltsverzeichnis

Autorenregister — 293

Ortsregister — 299

Personenregister — 301

Sachregister — 303

1 Darstellung

Seit ihrer Gründung im Jahre 1949 durchlief die Volksrepublik China weitreichende und oft dramatische Veränderungen. Auf Phasen des Aufbaus folgten Perioden der Zerstörung. Heftige Führungskämpfe, regelmäßige Wechsel der Politikrichtung sowie Systemkrisen führten zu einem wiederholten Neustart auf der Grundlage divergierender Modernisierungsmodelle. Doch ungeachtet dessen hat sich mit präzedenzloser Geschwindigkeit eine zunehmend moderne und globalisierte Gesellschaft herausgebildet.

Die Geschichte der VR China lässt sich in vier große Phasen unterteilen: In der ersten Phase von 1949 bis 1956 erfolgte der Aufbau der grundlegenden Institutionen der sozialistischen Gesellschaft. Die zweite Phase von 1957 bis 1976 war geprägt von sich vertiefenden politischen und gesellschaftlichen Spannungen und Auseinandersetzungen in der sozialistischen Gesellschaft um den richtigen Kurs. Die Abkehr von der Planwirtschaft, die marktwirtschaftlichen Reformen und die Öffnung des Landes zum Westen standen im Mittelpunkt der dritten Phase von 1977 bis 1990. Die Zeit seit 1990 steht vor allem im Zeichen des rasanten wirtschaftlichen Wachstums, des Aufstiegs Chinas in den Rang einer Supermacht und der tiefgreifenden Auswirkungen dieser Prozesse auf die chinesische Gesellschaft.

Vier Phasen

Der folgenden Darstellung der Geschichte der Volksrepublik China liegt ein breiter sozialhistorischer Ansatz zugrunde. Im Mittelpunkt stehen weniger die politische Führung oder einzelne Parteiführer, sondern vor allem die Grundlagen, Ursachen und Muster der gesellschaftlichen Entwicklung in China. Zugleich wird die Geschichte der VR China systematisch im globalen Kontext verortet und es werden die vielfältigen Bezüge und konkreten Verbindungen Chinas mit anderen Regionen in der Welt thematisiert.

1.1 „Neues China“: Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung (1949–1956)

Als der Führer der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) Mao Zedong am 1. Oktober 1949 auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tiananmen) die Gründung der Volksrepublik China verkünden konnte, glaubten viele Zeitgenossen an den Anbruch einer neuen

Anbruch einer neuen Ära?

und verheißungsvollen Ära. Auf den Trümmern des Bürgerkrieges und den Ruinen einer jahrtausendalten Zivilisation sollte ein vollkommen „Neues China“ (*xin zhongguo*) entstehen: Durch die Beseitigung der Übel der Vergangenheit wie Ausbeutung, Ungleichheit und Krieg sowie durch die Bildung einer Gesellschaft ohne Klassen und einer neuen Kultur geprägt von Wissenschaft, Fortschritt und Solidarität würde China von Grund auf neu erschaffen werden. Eine neue Zeitrechnung sollte eingeführt und neue internationale Bündnisse geschmiedet werden. Ambitionierte Staatsinitiativen strebten danach, Eigentum, Landbesitz, die Ehe, die Organisation von Arbeit und täglichem Leben, das eigene Selbstverständnis und die eigene Vergangenheit grundlegend umzugestalten. Drei Jahrzehnte später, am Ende der 1970er Jahre, waren diese Hoffnungen auf Erneuerung jedoch gründlich zerstört. Die Kämpfe der Kulturrevolution enthüllten, dass diese Bemühungen auf dramatische Weise zu Chaos, interner Zwietracht, Verwirrung, Isolation und Zerstörung geführt hatten. Die Entwicklung der ersten drei Jahrzehnte der VR China ist eine Geschichte von großen Ambitionen und bitteren Enttäuschungen, von neuen Anfängen und harten Landungen, von Experimenten und deren Scheitern.

1.1.1 Der Machtwechsel 1949

Neue Demokratie

Die 1921 gegründete KPCh errang die Macht in China als Ergebnis von mehr als drei Jahrzehnten des revolutionären Kampfes gegen diverse Gegner, darunter vor allem die nationalistische Partei Guomindang (GMD). Der Sieg wurde auch erreicht, weil einige der ursprünglichen radikalen Ziele und Schlüsselwerte der Revolution angepasst und modifiziert worden waren. In den 1940er Jahren mäßigte die Parteiführung unter Mao Zedong alle politischen Maßnahmen, die auf einen zu abrupten Wandel abzielten. Anstelle von politischer Diktatur, Abschaffung von Privateigentum, Kollektivierung und strikter zentraler Planung versprach die KPCh eine „Neue Demokratie“, in der man die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften suchen würde. Die Partei hatte sich auch dem Nationalismus geöffnet und die Bildung einer nationalen Einheitsfront gebilligt, um China gemeinsam mit der GMD gegen den japanischen Angriff im Zweiten Weltkrieg zu verteidigen. Das Ziel des radikalen gesellschaftlichen Wandels rückte damit in den Hinter-

grund und wurde durch die Notwendigkeit der nationalen Vereinigung und des Widerstands gegen Japan ersetzt. Die Partei, die 1949 an die Macht kam, war also pragmatisch und hatte seit den späten 1930er Jahren eher Zurückhaltung in Bezug auf radikale transformative politische Maßnahmen gezeigt.

Es ist daher nicht überraschend, dass die Führung der eng verbündeten Sowjetunion gelegentlich das Engagement der KPCh für den Kommunismus bezweifelte. Im Dezember 1949 nannte Stalin den chinesischen Kommunismus „nationalistisch“ und beschuldigte Mao, „dem Nationalismus zugeneigt“ zu sein. Erst nachdem die Gründung der VR China offiziell ausgerufen worden war, erkannte Stalin zögerlich die neue chinesische Regierung an.

Der militärische Sieg der KPCh wurde durch zwei Faktoren ermöglicht: den unerwarteten Zerfall der Armee der nationalistischen Regierung sowie die widerwillige, aber wichtige Unterstützung der Sowjetunion. Auch wenn die KPCh unter bestimmten Gruppen in der Bevölkerung, wie z. B. städtischen Arbeitern, Studenten und liberalen Intellektuellen, durchaus Sympathie genoss, hatte die Partei am Vorabend der Revolution wohl kaum die Unterstützung oder auch nur die Akzeptanz einer Mehrheit der Bevölkerung. Die meisten Berichte aus dieser Zeit deuten darauf hin, dass der Großteil der Bevölkerung die KPCh mit wenig mehr als Neugierde betrachtete. Die fehlende allgemeine Akzeptanz war auch einer der Gründe dafür, dass Stalin und die Sowjetberater die KPCh konstant dazu drängten, eine „Koalitionsregierung“ mit den sogenannten „demokratischen Parteien“ in China einzugehen und innerhalb der vorhandenen politischen Strukturen und Institutionen zu agieren.

Das grundlegende Fehlen von Legitimität kennzeichnete die Herrschaft der KPCh von Anfang an. Zusammenbruch und Flucht der nationalistischen Regierung nach Taiwan machten China nicht über Nacht kommunistisch. China war ein riesiges, überaus fragmentiertes und vielförmiges Land, das großen sozialen Problemen gegenüberstand und die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen für einen nahtlosen Übergang zum Sozialismus bot. Es gab geschätzt zwei Millionen demobilisierte Soldaten. Große Teile der Bevölkerung waren vor den Kriegshandlungen ins Landesinnere geflohen. Die ländliche Wirtschaft war durch den Krieg und die Zerstörung der Infrastruktur ruiniert. Die städtische Wirtschaft litt unter drastischer Inflation und unzureichender Versorgung

Der militärische
Sieg der KPCh

Legitimität

mit Lebensmitteln und Baumaterial. Die Regierungsstrukturen waren weitgehend lahmgelegt. Als die VR China gegründet wurde, hatte die Partei ca. 4,5 Millionen Mitglieder als Kern eines neuen Regimes, das eine Nation von 541 Millionen Chinesen regieren wollte. Der Sieg machte daher nur der viel größeren Herausforderung Platz, wie China regiert werden sollte.

Regierungsansatz

Um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden, entwickelte die KPCh einen spezifischen Ansatz des Regierens. Basierend auf den pragmatischen Erfahrungen während der Revolution veränderte die Partei auch nach 1949 die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen nur schrittweise, zu günstigen Zeitpunkten und aus konkreten Gründen. Ländliche kommunistische Parteikomitees arbeiteten mit den Dorfgemeinschaften und anfangs sogar mit den religiösen Institutionen wie Tempeln zusammen. In den wirtschaftlich entwickelten Städten kooperierten kommunistische Organisatoren mit Vertriebs- und Transportverbänden. Sie förderten zunächst den Absatz von Produkten und versuchten dann die Aufmerksamkeit der Kaufleute auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten zu lenken. Selbst das Programm der Bodenreform wurde auf dieser Grundlage schrittweise und pragmatisch ausgeführt. Die Partei vertraute auf Experimente und Versuchsreihen und testete politische Maßnahmen wie die Landreform zunächst in wenigen ausgewählten Landkreisen, bevor sie landesweit eingeführt wurden.

Experimente und Versuchsreihen

In der Anfangsphase führte die KPCh Änderungen stufenweise und in verschiedenen Geschwindigkeiten in unterschiedlichen Teilen Chinas ein. Ihre Strategie war es, mit den existierenden Strukturen und Institutionen zu kooperieren und die „Massen“ zur aktiven Beteiligung aufzurufen. Die Partei entwickelte das Regieren als einen Prozess des ständigen Wandels, des pragmatischen Konfliktmanagements und von ad-hoc Kompromissen. Sie ermutigte lokale Initiativen innerhalb des Rahmens einer sich allmählich herausbildenden zentralisierten bürokratischen Macht.

Lokale Initiativen

1.1.2 Konsolidierung und Wiederherstellung der Ordnung

Nach der Machübernahme bemühten sich die neuen Machthaber zunächst um die Wiederherstellung stabiler Verhältnisse, besonders in den Städten. Die Partei bewältigte diese Aufgabe mit einem

relativ hohen Maß an Planung, intensiver Vorbereitung und systematischer Durchführung.

In den ersten beiden Jahren stand das chinesische Festland faktisch unter Kriegsrecht. Militärische Kontrollkomitees (*junguan hui*) regierten China. Militäroffiziere und militärische Politkommis-sare waren für die Befriedung der meisten Provinzen verantwort-lich. Mit Ausnahme der Inneren Mongolei und Tibets wurde China in sechs große Regionen eingeteilt, die separat verwaltet wurden. Vier von diesen Regionen – Zentral-Süd, Ost-China, der Nordwes-ten und der Südwesten – wurden von militärisch-administrativen Komitees geleitet, während Nord-China und der Nordosten, die als erste „befreit“ worden waren, Volksregierungen bekamen, um die erfolgreiche Beendigung der militärischen Aufgaben in diesen Regionen zu signalisieren.

Kriegsrecht

Auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung hatte die Konsolidierung der Städte zunächst Priorität. Mao Zedong schlug dazu eine Doppelstrategie vor. Erstens: Organe der politi-schen Macht der GMD – Regierungsstellen und -ämter, Polizei, Militär, Finanzämter und dergleichen – sollten ihrer Macht ent-hoben und durch entsprechende KPCh-geführte Organe ersetzt werden. Zweitens: Wirtschaftseinheiten wie Fabriken, Geschäfte, Elektrizitätswerke, Transportfirmen etc. sollten in ihrer existieren-den Form konsolidiert werden, damit die Produktion so schnell als möglich wieder aufgenommen werden konnte.

Konsolidierung der Städte

Die ersten Maßnahmen zielten darauf ab, die offensichtlichs-ten Anzeichen des Chaos, das der sogenannten „Befreiung“ vor-angegangen war, zu beseitigen. Dieses Chaos war nicht nur durch die unmittelbaren Folgen des Bürgerkriegs, sondern auch durch die Hoffnungen der armen und benachteiligten sozialen Gruppen auf schnelle revolutionäre Gerechtigkeit und soziale Kompensation entstanden. Die Armen unter der städtischen Bevölkerung folgten dem Ruf der KPCh zur Volkserhebung (*fanshen*) bereitwillig und verstanden die Bedeutung dieses Slogans als Berechtigung dafür, Essen und Geld von den wohlhabenderen Stadtbewohnern zu ver-langen.

Volkserhebung (fanshen)

Nach 1949 unterband die Partei alle spontanen revolutionären Aktionen und bemühte sich um die Durchsetzung von Ordnung. Die hohe Zahl von mittellosen Flüchtlingen und Bettlern stellte dabei das größte Problem dar. Da einige Kader zögerten, die mit-tellosen Teile der Bevölkerung, die lange Zeit als natürliche und

Durchsetzung von Ordnung

zuverlässige Verbündete der Partei angesehen worden waren, zu inhaftieren, wurde zunächst eine interne „ideologische Mobilisierung“ (*sixiang dongyuan*) für alle Kader in Form von Studiensitzungen und politischen Veranstaltungen durchgeführt. Die öffentlichen Sicherheitskräfte wurden dann aufgerufen, das Verbot des Bettelns konsequent durchzusetzen, indem sie jeden Bettler und Flüchtling, den sie fanden, festnahmen. Diese wurden zunächst in vorübergehende „Bettler-Gefangenenlager“ gebracht. Dort wurden sie registriert, „erzogen“, untersucht und es wurde entschieden, wie mit ihnen verfahren werden sollte. Die meisten wurden entweder in Gewahrsamszentren oder Arbeitsbrigaden zugewiesen.

Städtische
Kriminalität

Um die städtische Kriminalität zu bekämpfen, wurden ähnliche Maßnahmen angewandt. Nach der Befreiung hatte die Polizei uneingeschränkte Macht, um Kriminelle festzunehmen und zu verurteilen. Es wurden Razzien gegen Gelegenheitsdiebe, Prostituierte, Zuhälter, Drogenhändler und Vagabunden durchgeführt. Sie wurden festgenommen und „entkriminalisierenden“ Reformmaßnahmen unterzogen. Ein anderes Problem, das die Regierung lösen wollte, waren die Spekulationen und Manipulationen des Marktes. Währungsbetrug, insbesondere in Form von Geldfälschung, wurde energisch unterdrückt.

Soziale Reformen

Als nächster Schritt wurden in den Städten soziale Reformen durchgeführt. Im Mittelpunkt stand die Beseitigung traditioneller Laster wie Prostitution, Glücksspiel und Drogenkonsum, indem die Betroffenen zwangsweise zu produktiven Mitgliedern der Gesellschaft erzogen werden sollten. Das Hauptanliegen der KPCh galt dem Kampf gegen das Opium, das als sozial zerstörerische Krankheit und jahrhundertlanges Symbol der chinesischen kolonialen Diskriminierung galt. Die Partei unterschied zwischen Opium-Großhändlern, Dealern auf den Straßen, Besitzern von Opiumhöhlen und den Abhängigen. Große Opiumhändler wurden oft hingerichtet, kleinere Dealer wurden festgenommen und umerzogen. Gewöhnliche Opiumnutzer sowie Prostituierte wurden als sogenannte „schmarotzerhafte Bevölkerung“ oder später „schlechte Elemente“ (*huai fenzi*) angesehen, die durch Arbeit umerzogen werden sollten. Sie wurden in Gewahrsamszentren gebracht, um ihre medizinischen Probleme zu behandeln und sie zu produktiven Mitgliedern der Gesellschaft umzuerziehen. Innerhalb von zwei Jahren verschwand der Opiumkonsum. Auch die Prostitution wurde gezügelt.

Nachdem die KPCh die grundlegende Ordnung wiederhergestellt hatte, begann sie, vorhandene Organisationen und soziale Gruppen in den Städten zu klassifizieren. Nützliche Vereinigungen und Institutionen wie Schulen, Waisenhäuser oder Heime für die Alten und Behinderten wurden zunächst beibehalten. Die Regierung wollte solche Organisationen übernehmen und sie schrittweise in die eigene Kontrolle überführen. Im Gegensatz dazu wurden *huidaomen* (religiöse Sekten und Geheimgesellschaften), die beschuldigt wurden, „feudale und abergläubische Ideen zu verbreiten“ und „beharrlich konterrevolutionäre Aktivitäten auszuführen“, ohne Ausnahme aufgelöst. Die KPCh war entschlossen, die städtischen Geheimgesellschaften zu unterdrücken. Diese Geheimgesellschaften organisierten bis zu 40 % der städtischen erwachsenen Bevölkerung.

Religiöse Sekten
und Geheimgesellschaften

Die meisten ausländischen Organisationen mussten gleichermaßen ihre Arbeit beenden und das Land verlassen. Die KPCh-Regierung erhob hohe Bußgelder für Organisationen und Geschäfte, die zum Teil im ausländischen Besitz waren, solange bis der ausländische Besitz aufgelöst wurde. In einigen Fällen wurden Wohltätigkeitsorganisationen oder Unternehmen, die in ausländischem Besitz waren, einfach konfisziert. Die große Mehrheit der Ausländer verließ China freiwillig, der Rest wurde von 1950 bis 1951 schnell deportiert.

Ausländische
Organisationen

Auf dem sensiblen Gebiet des Verlagswesens wurde ein ähnlicher Ansatz verfolgt. Die Maßnahmen unterschieden zwischen GMD-kontrollierten und nicht GMD-kontrollierten Zeitschriften und Unternehmen. Boulevard- und Tageszeitungen, die früher der GMD nahe gestanden hatten oder von ihr kontrolliert worden waren, wurden entweder von Parteiorganen übernommen oder eingestellt. Unabhängige Zeitschriften wurden auf Einzelfallbasis untersucht und konnten bei positiver Einschätzung weiter betrieben werden. Innerhalb kurzer Zeit verschwanden viele Zeitschriften, aber einige unabhängige Periodika konnten weiterhin publizieren. Gleichzeitig wurden neue, von der KPCh kontrollierte Zeitungen wie die *Jiefang Ribao*, *Guangming Ribao* oder auch die Volkszeitung (*Renmin Ribao*) gegründet. Die Motivation hinter der Genehmigung für den Weiterbetrieb einiger Zeitungen war, die städtische Leserschaft dieser Zeitungen mit KPCh-konformen Informationen und neuen Inhalten zu versorgen, die ansonsten schwer zu erreichen waren.

Verlagswesen

Gewerkschaften

Arbeiter wurden in offiziellen Verkündigungen als „Herren des Landes“ (*guojia de zhuren*) angekündigt, als die „Führungs-klasse“ (*lingdao jieji*) der neuen Gesellschaft. In städtischen Fabriken wurden sofort nach ihrer Übernahme durch KPCh-Behörden KPCh-geführte Gewerkschaftsorganisationen gegründet. Unter den Vorschriften der „Neuen Demokratie“ genossen die Gewerkschaften (vorübergehend) als offizielle Vertreter der Arbeiterklasse eine Stellung von beachtlichem Prestige und Einfluss. Es war ihnen sogar erlaubt, ihre eigenen bewaffneten Patrouillen aufzustellen, die die Sicherheit der Fabriken gewährleisten sollten. Im Juni 1950 fasste der All-Chinesische Gewerkschaftsbund alle unabhängigen Gewerkschaften zusammen. Dies brachte auch die Frage auf, wie man mit älteren Geschäftszweigen und Berufen umgehen sollte, die sich oft den klaren sozialen Kategorien der marxistischen Theorie entzogen. Wenige Berufe im städtischen China konnten klar als proletarisch kategorisiert werden. Z. B. wurden Fahrer von dreirädrigen Fahrrädern, dem wichtigsten Transportmittel in den Städten, in der Folge als Arbeiter kategorisiert und dementsprechend organisiert. Ähnliche Methoden wurden auch bei den zahlreichen städtischen beruflichen und professionellen Vereinigungen angewandt.

Geringer
Widerstand

In den ersten Jahren an der Macht vermieden die neuen Machthaber drastische und plötzliche Interventionen. Sie kategorisierten vorhandene Institutionen, Organisationen und Vereinigungen im städtischen China und arbeiteten entsprechend dieser Kategorisierung mit einigen von ihnen zusammen, um die Bevölkerung weiterhin mit essentiellen Dienstleistungen zu versorgen, während andere, die als feindlich eingestuft worden waren, geschlossen wurden. Hauptsächlich stützte die Partei ihre politischen Maßnahmen auf die Mobilisierung des Volkes, aber auch auf Partizipation und freiwilliges Engagement. Ein intensiver Einsatz von Erziehung und Propaganda begleitete den Machtwechsel. Diese politischen Maßnahmen waren insgesamt effektiv und erfolgreich. In den meisten Städten war die Ordnung schnell wiederhergestellt und offener Widerstand gegen das neue Regime war minimal oder kurzlebig. Dieses ließ jedoch viele der früheren Strukturen und Organisationen intakt, die bald als potenzielle Herausforderungen für die neue Regierung wahrgenommen wurden.

1.1.3 China und der Kalte Krieg

Bereits seit dem europäischen Imperialismus im 19. Jahrhundert nahm China eine wichtige strategische Rolle in der Welt ein. Die Weltmächte hatten versucht, China zu öffnen und zu kontrollieren, aber blieben letztendlich erfolglos. Selbst in Zeiten von Krieg und Bürgerkrieg gelang es China, seine Unabhängigkeit zu bewahren. Allerdings war das Land zugleich immer auf internationale Partner und Unterstützer angewiesen, da ausländische Hilfe entscheidend für die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung war. Während des Kalten Krieges wurde diese Aufgabe der Wahrung nationaler Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Kooperation mit wichtigen ausländischen Partnern enorm erschwert. Entwicklungen weit außerhalb der chinesischen Grenzen entfalteten oft direkten Einfluss auf die chinesische Politik. Die Rivalität zwischen den Großmächten der Welt, besonders die sowjet-amerikanische Konfrontation, hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Politik Chinas. Tatsächlich ist es fast unmöglich, zwischen inneren und äußeren Ereignissen in der Geschichte der VR China während des Kalten Krieges zu unterscheiden. Inner- und außenpolitische Entscheidungen waren untrennbar miteinander verflochten.

Zusammenhang
von Innen- und
Außenpolitik

Im Juni 1949 kündigte Mao Zedong an, dass „China sich entweder auf die Seite des Imperialismus oder die Seite des Sozialismus stellen müsse. Zwischen den Stühlen sitzen geht nicht und es gibt auch keinen dritten Weg“ [1.2: Mao Zedong, Bd. 4, S. 441]. Ein offensichtlicher und unmittelbarer Grund für diese Politik war der Widerstand gegen die amerikanische Strategie der „Eindämmung und Isolation“, die sich bereits vor Ende des chinesischen Bürgerkrieges herauszukristallisieren begann. Da die USA eine immer feindlichere Einstellung gegen die KPCh einnahmen und sich immer stärker für die Unterstützung der GMD einsetzten, bewegte sich die KPCh immer mehr in Richtung eines vollständigen Bruchs mit den westlichen Alliierten und einer offiziellen Allianz mit der Sowjetunion.

Allianz mit der
Sowjetunion

Am 14. Februar 1950 unterschrieben China und die Sowjetunion schließlich einen Bündnisvertrag, in dem die Sowjetunion zusagte, China gegen Angriffe „von Japan und seinen Verbündeten“ (womit die USA gemeint waren) zu verteidigen und militärische und zivile Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Sie einigten

sich auch darauf, die russische Konzession in der Mandschurei, die die Sowjetunion 1945 erhalten hatte, an China zurückzugeben. Im Gegenzug akzeptierte China die Unabhängigkeit der äußeren Mongolei und versprach, alle anderen Länder außer der Sowjetunion davon abzuhalten, in der Mandschurei und Xinjiang zu agieren. Beide Seiten entschieden sich außerdem, eine Reihe von Aktiengesellschaften in Bereichen von der Nahrungsmittelkonservierung bis hin zur Luftfahrt zu gründen. Während Maos Besuch in Moskau zu den Vertragsverhandlungen genehmigte Stalin auch Chinas Antrag auf einen fünfjährigen Kredit über 300 Millionen Dollar. Dieser Kredit wurde für fünfzig Schlüsselindustrie- und Infrastrukturprojekte verwendet, die sich der Entwicklung der chinesischen Schwerindustrie, Verteidigungsindustrie und Energieerzeugung widmeten.

300 Millionen
Dollar-Kredit

Die Folgen dieser Positionierung reichten weit und können kaum überschätzt werden. China wurde Teil eines größeren Netzwerks von Kooperationsbeziehungen mit allen „Brüderländern“ des sozialistischen Blocks. Angefangen von der Stadtplanung bis hin zur Bodenreform, von den Universitäten bis hin zu Arbeitslagern, von der Verstaatlichung bis hin zu Wirtschaftsmodellen, von der Propaganda bis hin zur Geheimdienstarbeit orientierte sich der neue Staat an Osteuropa und besonders an sowjetischen Modellen. Die Sowjetunion und die Welt des Staatssozialismus waren nicht nur bereit, China zu unterstützen, sie stellten sich für China auch als attraktive alternative Form der Modernität dar. Daher war es für China ein offensichtliches Modell, das effektive und moderne Lösungen für den Umgang mit einem breiten Spektrum an innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bot.

Sowjetisches
Modell

Natürlich war das sowjetische Modell nicht völlig eindeutig: Die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten boten tatsächlich nicht nur ein, sondern mehrere Modelle an, die von Lenins pragmatischer und moderater Neuen Ökonomischen Politik (1921–1927) über den revolutionären Stalinismus mit umfassenden Kampagnen zur Kollektivierung der Landwirtschaft und zu einer beschleunigten Industrialisierung und Urbanisierung (1929–1934) bis hin zum bürokratischen Stalinismus mit der Betonung auf zentraler Planung und zentraler Verwaltung von Wirtschaft und Staat reichten. Die Attraktivität und Verfügbarkeit des sowjetischen Modells während der ersten Hälfte der 1950er Jahre bedeutete jedoch nicht, dass die chinesische Spitze ihm blind folgte.

Tatsächlich traf China seine eigenen Entscheidungen darüber, welche Modelle in die Praxis umgesetzt werden sollten oder ob sie angepasst werden sollten. Die chinesischen Führer waren sich stets bewusst, dass die Bedingungen in ihrem Land sich in entscheidenden Bereichen von der Sowjetunion unterschieden. Dennoch steht es ohne Frage fest, dass die Verbindungen zu den Ostblockländern und der Sowjetunion zum umfangreichsten und systematischsten Transfer von Wissen und Technologie in der modernen Geschichte Chinas führten.

Transfer von Wissen
und Technologie

Nach der Vertragsunterzeichnung kamen innerhalb von zehn Jahren ungefähr zehntausend sowjetische Berater nach China, hauptsächlich in den Jahren von 1953 bis 1957. Sie waren in allen chinesischen Ministerien, Regional- und Provinzregierungen und großen Industrieunternehmen tätig. China lernte von der Sowjetunion in vielen zentralen Bereichen: Wie man einen zentralen Parteiapparat aufbaut, wie man Regierungsministerien verwaltet, wie man ein System von Gerichten, Anwälten, Polizei und Gefängnissen anlegt; wie man politische Sicherheitsfunktionen in Fabriken, Universitäten, Büros und anderen Arbeitseinheiten einbettet und wie man Massenorganisationen im sowjetischen Stil aufbaut. Die Organisation der neuen Volksbefreiungsarmee war bewusst und direkt nach der sowjetischen Armee geformt. Sowjetische Pädagogen entwickelten auch das chinesische System der höheren Bildung. Abgesehen von Bodenreform und Bildung betraf die wichtigste Maßnahme des neuen Regimes das Feld der Stadtplanung. Indem es chinesische Städte nach sowjetischem Vorbild erneuerte, baute das neue China städtische Zentren, die modernen Strukturen folgten. Diese neuen Städte sollten funktional und produktiv sein.

Sowjetische Berater

Auch in der Außenpolitik suchte China eine enge Ausrichtung an der Politik des Ostblocks. Die KPCh war davon überzeugt, dass sie gezwungen war, einen unerbittlichen Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus zu führen, und dass ihre Sicherheit von einem engen politischen und militärischen Bündnis mit dem von der Sowjetunion angeführten kommunistischen Lager abhing. Selbst wenn die Parteichefs eine direkte Einflussnahme durch die Sowjetunion ablehnten, waren sie bemüht, mit ihren sozialistischen Waffenbrüdern zusammenzurücken. Ein gutes Beispiel ist Chinas Engagement auf der koreanischen Halbinsel, das zu einer unmittelbaren militärischen Konfrontation zwischen China und

Außenpolitik

den USA führte und zu einer anschließenden Feindseligkeit, die zwanzig Jahre lang anhielt.

Nordkoreanischer
Einmarsch in
Südkorea

Am 25. Juni 1950 überquerten Truppen des kommunistischen Nordkorea mit Stalins Einverständnis den achtunddreißigsten Breitengrad, der als Grenze zwischen Nord- und Südkorea festgesetzt worden war, und marschierten in Südkorea ein, das von den USA unterstützt wurde. Die VR China war in keiner guten Position, um in eine Konfrontation zwischen den Supermächten der Welt hineingezogen zu werden. Auf Grund der geographischen Nähe sah die Führung aber auch kaum Möglichkeiten, sich aus dem Konflikt völlig herauszuhalten. Als Mao Zedong sich mit Stalin im Januar 1950 in Moskau getroffen hat, hatten beide bereits ihre Entschlossenheit betont, das nordkoreanische kommunistische Regime zu unterstützen. Bei einem Treffen Mitte Mai 1950 in Beijing informierte der nordkoreanische Führer Kim Il Sung Mao Zedong und die KPCh-Führung, dass Stalin einem nordkoreanischen Plan zu Vereinigung Koreas durch einen militärischen Vorstoß nach Süden zugestimmt habe. Obwohl Mao zur Vorsicht riet und eine Verwicklung der USA vermeiden wollte, versprach er dennoch ungeteilte Unterstützung für Nordkorea und erklärte, dass China Nordkorea mit Truppen versorgen würde, sollten die USA unmittelbar eingreifen.

Eintritt Chinas in
den Koreakrieg

Im Juni 1950 griffen nordkoreanische Streitkräfte schließlich an und bewegten sich in einem schnellen Vorstoß nach Süden, der die südkoreanischen und amerikanischen Streitkräfte in das südöstliche Gebiet um Pusan zurückdrängte. Zwei Tage später, am 27. Juni, erklärten sich die Vereinten Nationen bereit, die zurückweichenden südkoreanischen Streitkräfte zu unterstützen, und baten die USA um Entsendung der Siebten Flotte der USA in die Taiwan-Straße. Mehrere aufeinanderfolgende militärische Siege im Sommer 1950 erlaubten den UN-Truppen schließlich, bis zum achtunddreißigsten Breitengrad vorzurücken. Im Anschluss wurde dann die Entscheidung von amerikanischen Militärführern getroffen, die Demarkationslinie zu überschreiten und in Richtung der chinesischen Grenze vorzurücken. Dieser Schritt war der Auslöser für den Eintritt Chinas in den Koreakrieg. Die Regierung begann mit der Einberufung der Truppen. Aber Mao und die anderen chinesischen Führer zögerten noch, die Truppen tatsächlich nach Korea zu senden. Am 2. Oktober informierte Mao Stalin, dass China nicht in der Lage sei, genügend Truppen nach Korea zu schicken. In seiner Antwort warnte Stalin vor den ernsthaften Konsequenzen.

zen der chinesischen Tatenlosigkeit. In der Zukunft, ermahnte er, müsse China mit zwei amerikanischen Stützpunkten entlang seiner Grenzen in Korea und Taiwan fertig werden und würde sich selbst unter ständiger Bedrohung finden. In einem erneuten Wechsel seiner Position rang sich das chinesische Politbüro am 5. Oktober dazu durch, Divisionen von Freiwilligen nach Nordkorea zu entsenden. Aber bis Mitte Oktober hielt die Führungsriege den Befehl zum Einmarsch zurück. Nach Wochen des Vor und Zurück in dieser Angelegenheit begann die Volksfreiwilligenarmee (VFA), unter dem Kommando des bemerkenswerten militärischen Strategen Peng Dehuai am 25. Oktober ihre erste Kampfhandlung in Korea und attackierte zur Überraschung der militärischen Führung der USA südkoreanische Truppen im Unsan-Gebiet. Die UN-Streitkräfte begannen Mitte Januar eine Gegenoffensive. Mao befahl Peng, einen Gegenangriff zu starten, der zu der ersten großen Niederlage der VFA auf der Halbinsel führte. Beide Armeen verharrten danach in einem Stellungskrieg. Stalins Tod im Jahr 1953 führte zu einer fast sofortigen Änderung in der sowjetischen Politik. Die neue sowjetische Führung war weniger unnachgiebig als Stalin. Sie drängte China, den Koreakrieg offiziell zu beenden. Ein Waffenstillstand wurde im Sommer 1953 unterzeichnet, der die zwei Koreas an derselben Grenze wie zuvor trennte.

Der Ausgang des Koreakrieges wurden dem chinesischen Volk naturgemäß als Sieg verkauft, aber er forderte einen hohen Preis: Die knappen Ressourcen, die China für den Wiederaufbau des eigenen Landes dringend benötigte, wurden auf die Kriegsanstrengungen umgeleitet. 1951 machten die militärischen Ausgaben 55 Prozent der gesamten Staatsausgaben aus. Aufgrund der steigenden Ausgaben für den Koreakrieg ab Ende 1950 gingen die zur Verfügung stehenden Gelder für Investitionen in den noch notleidenden chinesischen Städten und für Sozialhilfe erheblich zurück. Getreide, Fleisch und Baumwolle wurden an die VFA in Korea geliefert. Die Zahl der Opfer war auf allen Seiten hoch: 2,5 Millionen Nord- und eine Million Südkoreaner waren zwischen Ende Juni 1950 und Ende Juli 1953 ums Leben gekommen, Soldaten und Zivilisten. Die VR China hatte fast eine Million Soldaten ihrer Interventionsarmee verloren. Die USA zählten rund 50.000 tote GIs und ca. 100.000 Verwundete. Insgesamt 4,5 Millionen Nordkoreaner verließen im Zusammenhang mit dem Krieg ihre Heimat; 1953 zählte Nordkorea gerade noch einmal halb so viele Bewohner wie

Der Preis des
Koreakrieges

1950. Dieser Konflikt war nach den zwei Weltkriegen der Krieg mit den dritthöchsten Verlusten des zwanzigsten Jahrhunderts.

Folgen des
Koreakrieges

Das chinesische Eingreifen hatte wichtige und teilweise unvorhergesehene Folgen: China etablierte sich selbst als eine aufsteigende internationale Macht, die in der Lage war, es mit den weit überlegenen amerikanischen Streitkräften aufzunehmen. China zeigte Entschlossenheit, indem es das Ziel erreichte, seine territoriale Sicherheit sowie angrenzende verbündete kommunistische Länder zu schützen. Aus diesem Grund begann China auch die Viet Minh in ihrem Krieg gegen die französischen Kolonialherren zu unterstützen und half später den nordkoreanischen und nordvietnamesischen kommunistischen Regierungen. Schließlich nutzte die KPCh den Krieg auch, um ihre Herrschaft über China zu festigen und zur gleichen Zeit die chinesische Bevölkerung für einen vollständigen Wandel der chinesischen Gesellschaft zu mobilisieren.

Radikalisierung

Mit dem Eintritt Chinas in den Koreakrieg begann eine gesellschaftsweite Radikalisierung, die bis 1952 andauerte. Zwei Tage, nachdem Mao entschieden hatte, chinesische Freiwillige in den Koreakrieg zu schicken, gab das Zentralkomitee der KPCh die „Direktive zur Unterdrückung von konterrevolutionären Aktivitäten“ heraus. Dies kennzeichnete den Beginn der blutigen Kampagne gegen Konterrevolutionäre, die darauf abzielte, die „Feinde des Volkes“, die immer noch pro-amerikanische oder pro-nationalistische Ansichten vertraten, umzuerziehen. Es war kein Zufall, dass die Entscheidung zum Kampf gegen die USA und die Erklärung zum internen Klassenkampf fast gleichzeitig erfolgten. Der Krieg machte auch die Beschleunigung der Landreform notwendig, um mehr Ressourcen aus der ländlichen Wirtschaft zu ziehen. Chinas Eintritt in den Koreakrieg führte daher auch zu Neuerungen in der Landwirtschaftspolitik und zum Beginn der Landreform Ende 1950. Der sozialistische Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft in China, der Kampf gegen die inneren Feinde und die internationalen Konflikte während des globalen Kalten Krieges waren eng miteinander verflochten.

1.1.4 Partei und Staat

Politische Zentralisierung und die Wahrung nationaler Unabhängigkeit waren allgemeine Erwartungen an die neue Regierung

in einem Land, in dem die traditionellen imperialen Formen der Herrschaft bereits Mitte des 19. Jahrhunderts zerfallen waren und das seither keine stabile Regierung mehr gehabt hatte. Auf den Entwicklungen der Republikzeit aufbauend wurde der neue Staat als moderner Nationalstaat entworfen, der aber sehr viel mehr Autorität beanspruchte als sein traditioneller Gegenpart im imperialistischen China oder sein unmittelbarer Vorgänger in der Republikzeit. Der neue Staat beabsichtigte, die Gesellschaft großflächiger und tiefer zu durchdringen: Sein bürokratischer Apparat sollte auch abgelegene Regionen erreichen.

Die Grundsätze, nach denen China in den ersten Jahren der Machtergreifung bis 1953 regiert wurde, wurden bereits Jahre vor dem Sieg 1940 in einer Rede von Mao Zedong mit dem Titel „Die Politik und Kultur der Neuen Demokratie“ (*Xin minzhu zhuyi de zhengzhi yu Xin minzhu zhuyi de wenhua*) formuliert. Mao argumentierte, dass die chinesische Revolution historisch in zwei Abschnitte zerfiel – Demokratie und Sozialismus. Bei dem ersten Abschnitt handelte es sich um eine besondere chinesische Art der Demokratie, die als Neue Demokratie bezeichnet wurde. In dieser Zeit sollte sich die neue Regierung auf eine Koalition der vier fortschrittlichen (oder „demokratischen“) Kräfte – Proletariat, Bauernstand, Kleinbürgertum und nationale Bourgeoisie – unter „der Führung der kommunistischen Partei“ stützen. Die Strategie hinter dieser Politik war, dass eine Allianz der KPCh mit den lokalen oder „nationalistischen“ Kapitalisten (Konterrevolutionäre und Verräter ausgeschlossen) einen wirtschaftlichen Zusammenbruch vermeiden und es der KPCh erlauben würde, städtische Unterstützung zu erzielen.

Entsprechend dieser Vorgabe von 1940 praktizierte die KPCh nach der Machtübernahme die „demokratische Diktatur des Volkes“. Damit bezeichnete Mao Zedong eine besondere Form der revolutionären Diktatur: demnach sollte das Volk, d. h. Arbeiter, Bauern, das Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie, unter der Führung der Partei die Herrschaft ausüben, während die sogenannten Feinde des Sozialismus, insbesondere die Klasse der Grundbesitzer, der bürokratischen Bourgeoisie, der GMD und ausländische Imperialisten, der Diktatur unterstellt werden sollten. Das Volk konnte demokratische Rechte ausüben, während den Feinden des Volkes diese Rechte verwehrt wurden.

Neue Demokratie

Demokratische
Diktatur des Volkes

Das Gemeinsame Programm

Im September 1949, am Vorabend der Gründung der VR China, nahm die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes drei Dokumente an: das Gemeinsame Programm der Politischen Konsultativkonferenz des Volkes, das Organisationsgesetz der zentralen Volksregierung und das Organisationsgesetz der Politischen Konsultativkonferenz. In der Zeit von 1949 bis 1953 stellte das Gemeinsame Programm den grundlegenden Rahmen für staatliche Entwicklungen in der VR China dar, während die Organisationsgesetze die offizielle Struktur der zukünftigen chinesischen Regierung beschrieben. Die Konferenz ernannte Mao zum neuen Staatsoberhaupt und wählte die Mitglieder des Regierungsrats, der bis zum Eintreten der Verfassung als zentrale Autorität fungierte. Mao Zedong dominierte alle drei wesentlichen Institutionen des neuen Staates – Partei, Armee und Regierung. Er erfreute sich außerdem großer Popularität, die durch den wachsenden Kult um seine Person gefördert wurde.

Regierungsstruktur

Die Partei widmete ihre Aufmerksamkeit zuerst dem Aufbau eines funktionierenden Staatsapparats und der Ausbildung von Kadern und Mitarbeitern zur Durchführung wichtiger politischer Maßnahmen. Die VR China errichtete eine Regierungsstruktur im sowjetischen Stil, die für eine übergreifende Kontrolle durch die KPCh sorgte. Die Parteiorganisation war der Kern des neuen Staats. Es war die Partei, die den zivilen Verwaltungsapparat durchdrang und kontrollierte, ähnlich wie sie die Armee schon vor 1949 kontrolliert hatte. Auf jeder Ebene der Regierung war die Entscheidungsgewalt in den Händen der KPCh. An oberster Stelle standen das Politbüro mit gewöhnlich zwanzig bis zweiundzwanzig Mitgliedern und dessen Ständiger Ausschuss mit fünf bis neun Mitgliedern. Das Politbüro war Teil des größeren Zentralkomitees (ZK), das etwa 300–400 volle und stellvertretende Mitglieder hatte. Sie wurden alle fünf Jahre neu gewählt. Das ZK traf sich einmal und gelegentlich auch zweimal im Jahr, um wichtige politische Dokumente zu billigen. Es hatte wenig direkten Einfluss auf die alltägliche Entscheidungsfindung.

Parteikomitees

Es gab auch Parteikomitees auf Provinzebene, die der nationalen Organisation in Beijing unterstellt waren. Parteisekretäre, die obersten Beamten in jeder Provinz, leiteten die Provinzkomitees und trafen sich regelmäßig mit kleineren ständigen Ausschüssen. Diese Struktur wurde auf jeder Regierungsebene bis zur Basisebene aufgebaut. Es gab Stadt- und Präfekturparteikomitees und darunter

Kreis- und Bezirksparteikomitees. Es gab Parteikomitees in allen ländlichen Kommunen, jeder Universität, in Fabriken und Wohngegenden. Dieses landesweite Netzwerk übte die Kontrolle über Verwaltungsprozesse auf jeder Ebene aus.

Als 1954 klar wurde, dass ihre Macht unanfechtbar war, verabschiedete die Partei eine Verfassung, die die politische Vorrangstellung der KPCh bestätigte und die VR China als einen sozialistischen Staat unter der Demokratischen Diktatur des Volkes beschrieb. Die Verfassung war nach der sowjetischen Verfassung von 1936 gestaltet. Als oberstes Organ der Staatsmacht und Gesetzgebungsorgan fungierte laut Verfassung der Nationale Volkskongress (NVK), der unter anderem zuständig ist für Verfassungsänderungen, Ausarbeitung und Änderung von grundlegenden Gesetzen, Wahl/Abberufung der wichtigsten Mitglieder der Staatsorgane sowie Prüfung und Bestätigung des Staatshaushaltes. Die ca. 3000 Abgeordneten des NVK werden alle fünf Jahre von den Volkskongressen auf Provinzebene bestimmt.

Verfassung

Die Struktur des Staates war offiziell getrennt zwischen KPCh, ihrem Sekretariat, dem Politbüro, dem Nationalen Volkskongress (dem Parlament) und dem Staatsrat. Der Staatsrat ist de facto die chinesische Zentralregierung. Er wird in der Verfassung als „Exekutivorgan“ des NVK und als „oberstes Organ der Staatsverwaltung“ beschrieben. Dem Staatsrat gehören der Premierminister, dessen Stellvertreter sowie die Staatsratskommissare und Minister an. Der Premierminister verfügt als Leiter des Staatsrates über eine sehr große Machtfülle. Das Staatsoberhaupt der VR China ist der Staatspräsident mit überwiegend formalrepräsentativen Funktionen. Er setzt mit seiner Unterschrift Gesetze in Kraft, ernennt und entlässt führende Mitglieder von Staatsorganen nach Entscheidung des NVK und empfängt internationale Staatsgäste. Mao Zedong wurde Vorsitzender der KPCh und Präsident der VR China, Liu Shaoqi hatte ab 1954 das Amt des Vorsitzenden des nationalen Volkskongresses inne. Zhou Enlai war Premierminister des Staatsrats.

Staatsrat

In der Praxis war die Unterscheidung zwischen Staat und Partei jedoch relativ bedeutungslos auf Grund der Tatsache, dass alle Regierungschefs fast immer gleichzeitig Posten in Partei und Staat innehatten. Da die Parteiinstitutionen und Regierungsstrukturen eng miteinander verflochten sind, werden kommunistische Systeme auch als Parteistaaten bezeichnet. Offiziell jedoch war und ist die kommunistische Doktrin mehrdeutig. Auf der einen

Fehlende Trennung
von Staat und Partei

Seite wurde der Partei als „Diktatur des Volks“ ein Machtmonopol zugesprochen und später, als sie etwas bescheidener beschrieben wurde, spielte sie eine „führende Rolle“ innerhalb des Systems. Auf der anderen Seite war sie auch, laut der offiziellen Theorie, eher eine gesellschaftliche Organisation als ein Organ der Staatsmacht.

Gedankenreform Auf lokaler Ebene hatte die KPCh wenig andere Möglichkeiten als die Mitarbeiter der Vorgängerregierung zu behalten. Die KPCh war während der ersten Jahre nicht in der Lage, das neue politische System mit einer neuen Elite zu formen und zu stabilisieren. Die Partei konnte nicht genug neues Personal aufbringen, um das vorhandene Personal der GMD komplett zu ersetzen. Daher musste sich die neue Regierung lange Zeit auf vorhandene Eliten und Institutionen stützen, obwohl sie ihnen misstraute. Die ursprünglichen GMD-Funktionäre mussten deshalb eine politische Umerziehung durchlaufen – ein Prozess, der auch Gedankenreform (*sixiang gaizao*) genannt wurde.

Lokale Initiativen Während im Allgemeinen sowjetischen Modellen gefolgt wurde, konkurrierten diese formellen bürokratischen Prozesse mit den informellen Methoden des Regierens, die die Partei selbst in Laufe der Revolution entwickelt hatte. Während die Führung sich wichtige Entscheidungen über politische Strategien und die allgemeine Richtung von Staat und Wirtschaft vorbehielt, ermutigte sie die lokale Beteiligung auf der unteren Ebene. Lokale oder wenigstens dezentrale Gremien wurden aufgefordert, Vorschläge zu machen und Maßnahmen zu testen. Dabei wurden sie von der Zentrale beobachtet und waren zentraler Kontrolle unterstellt. Im Anschluss daran wurden einige der Ideen und Maßnahmen landesweit umgesetzt, während andere eingestellt und verboten wurden.

1.1.5 Massenkampagnen und Massenorganisationen

Schaffung einer „neuen Gesellschaft“ Anfang der 1950er Jahr verschärfte die Partei allmählich den Kurs. Weitreichendere und ehrgeizigere soziale Ziele wurden jetzt in Angriff genommen. In der Stadt sowie auf dem Land wollte die KPCh eine „neue Gesellschaft“ schaffen. Das alte Shanghai z. B. galt als „Brückenkopf des Imperialismus“ und als Symbol der „verkommenen Lebensweise der Bourgeoisie“, erkennbar an der Existenz von Bordellen, Spielhöllen und Vergnügungsbetrieben. Nun sollte es in das „Große Shanghai des Volkes“ (*renmin de da Shanghai*) ver-

wandelt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, begann die KPCh, in Shanghai und anderen Städten „die Gesellschaft zu säubern“, um „die schmarotzerhafte Bevölkerung der Stadt zu reduzieren“ und so „Städte des Konsums“ (*xiaofei chengshi*) in „Städte der Produktion“ (*shengchan chengshi*) zu verwandeln. Die Teile der Bevölkerung, die als unzuverlässig oder den neuen Machthabern gegenüber als feindlich eingeschätzt wurden, sollten identifiziert, überwacht und entfernt werden.

Um diese sogenannten „Zielgruppen“ (*zhongdian renkou*), d. h. ausgewählte Segmente der Bevölkerung in jeder Gemeinde, die auf Grund ihres politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrunds besonders kontrolliert werden sollten – zu verwalten, übernahmen die neuen Machthaber das System der Haushaltsregistrierung von der nationalistischen Regierung, machten es jedoch systematischer, umfangreicher und effektiver. Auf der Grundlage der Akten der Volkszählung der Republik China von 1928 führten die kommunistischen Machthaber die Haushaltsregister (*hukou*) wieder ein, die ursprünglich aus einer Seite für jedes Mitglied eines Haushaltes bestanden (diese konnten erweitert werden, um Gemeinschaftsunterkünfte wie Firmenwohnheime, Wohnblöcke, Boote oder Tempel einzuschließen). Die Seite beinhaltete Einträge für Namen, Geburtsdatum, Beruf, Arbeitsplatz, Familienhintergrund, Bildungsgrad, Familienstand, Religion und Herkunftsort der Vorfahren. Bei jeder Veränderung sollte der Haushaltsvorstand die neuen Informationen in den Akten notieren und beim lokalen öffentlichen Sicherheitsbüro melden. Normalerweise wurde das Haushaltsregister in der „Haushaltsregistrierungsabteilung“ (*hujike*) der entsprechenden lokalen Polizeistation hinterlegt.

System der Haushaltsregistrierung

Der *hukou* war auch die Hauptgrundlage für Ressourcenzuteilung und Subventionierung ausgewählter Gruppen der Gesellschaft. Essenrationen wurden ebenfalls dem Haushaltsvorstand übergeben, der diese unter den Haushaltsmitgliedern verteilte. Das *hukou*-System erlaubte der Regierung vor allem, die Binnenmigration zu regulieren. Die Migrationskontrolle diente dazu, die Bevölkerungswanderungen vom Land in die Stadt und von Kleinstädten in die Großstädte einzuschränken. Schon seit Ausbruch des Bürgerkriegs 1946 war eine immer größere Zahl an Flüchtlingen und Migranten aufgrund der besseren Lebensbedingungen in die Städte geströmt. Dort nahmen die sozialen Probleme zu. Daher beabsichtigte die Regierung, einen weiteren Zustrom

Migrationskontrolle

einzuschränken und die vorhandenen Flüchtlingspopulationen umzusiedeln. Bis Mitte der 1950er Jahre führte die Regierung Kampagnen durch, um jene Elemente aus der städtischen Gesellschaft zu entfernen, die sie als „schmarotzerisch“ bezeichnete. Darunter fielen vor allem Flüchtlinge oder Migranten, die vor Armut oder Naturkatastrophen in die Städte geflüchtet waren.

Der *hukou* begann, wie oben dargestellt, als Werkzeug zum Schutz der Revolution, indem er verdächtige Feinde der Regierung identifizierte und verwaltete, und endete damit, jedem in der chinesischen Gesellschaft eine fixierte städtische oder ländliche Identität zuzuordnen. Flüchtlinge und Migranten aus den Städten herauszuhalten war eine notwendige Aufgabe, um die nationale Priorität der schnellen Industrialisierung zu erreichen. Die begrenzten städtischen Nahrungsmittelzuschüsse sollten für städtische Arbeiter reserviert und nicht an unproduktive Flüchtlinge verschwendet werden. Diese sollten stattdessen aufs Land zurückkehren, um mehr Nahrungsmittel zu produzieren. Das *hukou*-System wurde also zunehmend als Mechanismus genutzt, um die Flüchtlinge aus den Städten zu entfernen. Eine intensive Propaganda begleitete die Politik. Es wurde betont, dass die Rückführung „sowohl im besten Interesse der Nation als auch der einzelnen Migranten“ war. Mit der späteren Verkündung der Regelung zur *hukou*-Registrierung der Volksrepublik China am 9. Januar 1958 wurde dieser allgegenwärtigen und mächtigen Institution schließlich eine legale Grundlage gegeben.

Nach der Machtergreifung befürchtete die Partei weiterhin konterrevolutionäre Aktivitäten und ausländische Interventionen. Diese Angst war nicht völlig unberechtigt. Es gab zahlreiche zersplitterte Truppen und Agenten, zurückgelassen von der nationalistischen Regierung, die sich in ganz China versteckten. Ganze Regionen waren nur lose in den neuen Staat integriert. Tatsächlich dauerte es bis Ende der 1950er Jahre, bis die KPCh die vollständige und sichere Kontrolle über das Festland erreicht hatte. Die neuen Machthaber waren besorgt, dass sich zurückgebliebene Nationalisten mit Kriminellen zusammenschließen würden, um die neue Ordnung zu untergraben. Dieses ungewisse Klima der Angst und des Misstrauens verbunden mit dem konkreten Vorhaben, die Gesellschaft von „unzuverlässigen“ und „feindlichen Elementen“ zu säubern, steckte hinter der ersten großen landesweiten Kampagne gegen Konterrevolutionäre (*zhenya fangeming* oder *zhenfan*) von 1950 bis

Kampagne gegen
Konterrevolutionäre

1953. Sie richtete sich konkret gegen mutmaßliche Feinde, Bandenführer, Drogenschmuggler, religiöse Anführer und mutmaßliche nationalistische Spione. Die Entscheidung, im Oktober 1950 in die koreanische Halbinsel einzumarschieren, spielte ebenfalls eine wichtige Rolle für den Beginn der Kampagne im selben Monat.

Die gesetzlichen Grundlagen wurde in den einundzwanzig Artikeln der „Statuten zur Bestrafung von konterrevolutionären Aktivitäten“ vom 21. Februar 1951 festgelegt. Das Ziel war „die Unterdrückung von konterrevolutionären Aktivitäten und die Stärkung der demokratischen Diktatur des Volkes“ (Artikel 1). Der Begriff „Konterrevolution“ war nur ungenau definiert als „jegliche Aktivität, die darauf abzielt, die demokratische Diktatur des Volkes und das sozialistische System zu stürzen oder zu untergraben und damit die VR China in Gefahr zu bringen“.

Die „Kampagne gegen Konterrevolutionäre“ stützte sich vor allem auf Volkstribunale (*renmin fating*) oder bisweilen auch Militärgerichte, die mit einer umfassenden Vollmacht ausgestattet waren, gegen mutmaßliche Feinde vorzugehen. Unter Umgehung des formellen Gerichtssystems initiierten die Volkstribunale – oft in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Sicherheits- und den Parteiorganisationen – große Säuberungen. Sie existierten neben den Volksgerichten, hatten jedoch einen ad hoc-Charakter und währten nur für die Dauer der jeweiligen Kampagne. In den frühen Jahren der VR China stellten sie einen der wichtigsten Hebel dar, mit dem die neue Regierung Macht ausübte. Die Tribunale wurden 1950 im Zusammenhang mit der Landreform eingeführt. Sie agierten unter den Richtlinien, die am 20. Juli 1950 als die „Organischen Richtlinien der Volkstribunale“ veröffentlicht worden waren. Die Volkstribunale wurden von der Regierung auf Provinzebene gebildet und nach der Vollendung ihrer Aufgabe wieder aufgelöst. Es war ihnen erlaubt, Verhaftungen durchzuführen, Verdächtige einzusperren und Urteile von Haftstrafen bis hin zur Todesstrafe auszusprechen. Außerdem führten sie öffentliche Massenveranstaltungen durch, deren Ziele die Mobilisierung der Bevölkerung, die Erziehung durch negative Beispiele sowie die Abschreckung durch öffentliche Bestrafung waren. Die Mitglieder der Tribunale kamen meist aus örtlichen Parteiorganisationen.

Während der Bewegung zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre in den frühen 1950er Jahren wurden laut offizieller (und vermutlich unvollständiger) Statistiken schätzungsweise vier Mil-

Tatbestand
Konterrevolution

Volkstribunale

Bilanz der Tribunale